

Datenschutzerklärung

zu den Verwaltungsleistungen „Mitteilung einer Veränderung und Antrag auf Weiterbewilligung (Arbeitslosengeld II / Hartz IV)“

1. Verantwortlicher der Datenverarbeitung

Wir nehmen den Schutz Ihrer Grundrechte sehr ernst und behandeln Ihre personenbezogenen Daten mit größter Sorgfalt sowie entsprechend den geltenden Datenschutzvorschriften.

Wir möchten Sie ausführlich und transparent über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren. Die folgenden Hinweise sollen Ihnen einen Überblick darüber geben, wie wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten, wenn Sie diesen Online-Service nutzen.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung im Sinne von Artikel 4 Nr. 7 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist:

Vestische Arbeit Jobcenter Kreis Recklinghausen
Kurt-Schumacher-Allee 1, 45657 Recklinghausen
Telefon: 02361 3067-150
Telefax: 02361 3067-120
kreis@vestische-arbeit.de
www.jobcenter-kreis-recklinghausen.de

Rechtsträger des Jobcenters Kreis Recklinghausen ist der Kreis Recklinghausen. Die Kreisverwaltung Recklinghausen ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts. Sie wird vertreten durch den Landrat Bodo Klimpel. Der Kreis Recklinghausen ist ein zugelassener kommunaler Träger gem. § 6a Abs. 2 SGB II.

Kreisverwaltung Recklinghausen
Der Landrat – Bodo Klimpel
Kurt-Schumacher-Allee 1
45657 Recklinghausen
Telefon: 02361 53-0
Telefax: 02361 53-3290
info@kreisrecklinghausen.de
www.kreis-re.de

Im Folgenden „Verantwortlicher“ oder „wir“ genannt.

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Nach Art. 37 der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) haben Behörden bzw. öffentliche Stellen eine/n Datenschutzbeauftragte/n zu bestellen. Gemäß Art. 39 EU-DSGVO überwacht der/die Datenschutzbeauftragte die Einhaltung der Datenschutzvorschriften der EU-DSGVO, des Datenschutzgesetzes NRW (DSG NRW) und der übrigen Datenschutzvorschriften und unterstützt die öffentliche Stelle somit bei der Sicherstellung des Datenschutzes und der Datensicherheit.

Datenschutzbeauftragte des Jobcenters Kreis Recklinghausen:

- Knut Gehrmann (Datenschutzbeauftragter)
- Melissa Krempa (stellvertretende Datenschutzbeauftragte)
- Thorsten Rausch (stellvertretender Datenschutzbeauftragter)

Kurt-Schumacher-Allee 1

45657 Recklinghausen

Kreis-Datenschutz@vestische-arbeit.de

3. Welche technischen Daten erfassen wir, wenn Sie Online-Verwaltungsleistungen von uns aufrufen?

Wenn Sie über unsere Webseite einen Online-Service nutzen, werden auf den Servern unseres IT-Dienstleisters ekom21 – KGRZ Hessen folgende technische Daten erfasst:

- Name der abgerufenen Webseite,
- Datei, Datum und Uhrzeit des Abrufs,
- Übertragene Datenmenge,
- Meldung über erfolgreichen Abruf,
- Browsertyp nebst Version,
- Das Betriebssystem des Nutzers
- Referrer URL (die zuvor besuchte Seite).

Die Daten werden in sogenannten Logfiles (technische Protokolldateien) geschrieben und dort für eine Dauer von 90 Tagen gespeichert. Danach werden sie automatisch, unwiederbringlich gelöscht. Die in den Logfiles gespeicherten Daten werden mit einer automatisch generierten, technischen ID versehen. Diese ID verknüpft sich mit einer Vorgangs-ID, die erzeugt wird, wenn Sie unseren Online-Service nutzen. Dadurch kommt es zu einer Verknüpfung der Daten in den Logfiles mit den personenbezogenen Daten, die Sie uns im Rahmen des Online-Services zur Verfügung stellen. Der Zugriff auf die Logfiles ist durch technische und organisatorische Maßnahmen nur einem festgelegten Kreis von entsprechend angewiesenen Administratoren möglich.

Des Weiteren erfassen die Server der ekom21 – KGRZ Hessen die IP-Adresse des anfragenden Nutzers, die für eine Dauer von 7 Tagen in der Web Application Firewall (WAF) der ekom21 – KGRZ Hessen gespeichert wird. Nach Ablauf von 7 Tagen wird die IP-Adresse des anfragenden Nutzers automatisch und unwiederbringlich gelöscht. Auch der Zugriff auf die WAF ist nur einem festgelegten Kreis von entsprechend angewiesenen Administratoren möglich.

Angaben über die Zwecke der Verarbeitung und die Rechtsgrundlage:

Die Erfassung der obigen technisch notwendigen Daten dient dem Zweck, Ihnen die Nutzung der Webseite in technischer Hinsicht zu ermöglichen sowie die Stabilität und Sicherheit des Angebotes zu gewährleisten. Diese Verarbeitung erfolgt auf Grundlage des Artikel 6 Absatz 1 lit. c, e, f EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) in Verbindung mit § 3 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes (HDSIG).

Die Speicherung der technisch notwendigen Daten in den Logfiles und in der WAF sowie die potenzielle Zugriffsmöglichkeit auf die Logfiles und die WAF durch Administratoren dienen dem Zweck, dass die Administratoren, die bei der Nutzung eines unserer Online-Services

erfassten technischen Daten zur Kenntnis nehmen können, um Fehlerursachen (zum Beispiel eine fehlgeschlagene Antragsübermittlung) zu identifizieren. Diese Maßnahme dient der Sicherstellung des technischen Betriebes, soll gegenüber dem Nutzer die Verfügbarkeit unserer Online-Services gewährleisten und erfolgt auf Grundlage des Artikel 6 Absatz 1 lit. c, e, f EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) in Verbindung mit § 3 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes (HDSIG).

Die Verknüpfung der automatisch generierten technischen ID mit der Vorgangs-ID dient dem Zweck, den Administratoren die Möglichkeit einzuräumen, die bei der Nutzung eines unserer Online-Services erfassten technischen Daten einem speziellen Nutzer zuzuordnen, um bei einer Fehlermeldung hinsichtlich der Nutzung eines unserer Online-Services (zum Beispiel bei einer fehlgeschlagenen Antragsübermittlung) eine nutzerspezifische Fehlerursache zu ermitteln und dem Nutzer anschließend geeignete technische Abhilfemaßnahmen vorschlagen zu können (zum Beispiel Software-Optimierungen). Diese Maßnahme soll gegenüber dem Nutzer die Verfügbarkeit unserer Online-Services gewährleisten und erfolgt auf Grundlage des Artikel 6 Absatz 1 lit. c, e, f EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) in Verbindung mit § 3 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes (HDSIG).

Die Nicht-Erfassung der technischen Daten hätte zur Folge, dass wir Ihnen die Nutzung unserer Online-Services nicht ermöglichen sowie technische Fehler, die Sie an der Nutzung unserer Online-Services hindern, nicht identifizieren könnten.

Ohne die Speicherung der technisch notwendigen Daten in den Logfiles und in der WAF und ohne den potenziellen Zugriff auf die Logfiles und die WAF durch Administratoren, könnten die bei der Nutzung eines unserer Online-Services erfassten technischen Daten nicht zur Kenntnis genommen werden, um Fehlerursachen zu identifizieren.

Die Nicht-Verknüpfung der beiden IDs hätte zur Folge, dass wir bei einer Fehlermeldung hinsichtlich der Nutzung eines unserer Online-Services (zum Beispiel bei einer fehlgeschlagenen Antragsübermittlung) keine nutzerspezifische Fehlerursache ermitteln könnten.

4. Cookies

Bei Cookies handelt es sich um kleine Informationseinheiten, die von einer Webseite lokal im Speicher Ihres Internet-Browsers auf dem von Ihnen genutzten Rechner abgelegt werden. Sie enthalten sogenannte Identifier (zufällig generierte Identifikationsnummern), über die der Server Anfragen Ihres Zugriffsgeräts eindeutig zuordnen kann. Auf diese Weise kann grundsätzlich auch eine Anfrage einem bestimmten Nutzer zugeordnet werden.

Angaben über die Zwecke der Verarbeitung und die Rechtsgrundlage:

Bei der Nutzung eines Online-Services über unsere Webseite werden Session-Cookies für die technische Bereitstellung und optimale Funktion der Webseite verwendet: Wir setzen ausschließlich Session-Cookies im Zusammenhang mit der Nutzung unserer Webseite ein, um Ihren Browser für die laufende Sitzung im Nutzerkonto wiederzuerkennen.

Die Cookies zur Wiedererkennung der Browser-Sitzung oder einer Inaktivität des Nutzers werden mit Beendigung der Browser-Sitzung gelöscht.

Die Verarbeitung erfolgt auf Grundlage des Artikel 6 Absatz 1 lit. c, e, f EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) in Verbindung mit § 3 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes (HDSIG).

Hinweis: Sie können sich mit jedem Internetbrowser anzeigen lassen, wenn Cookies gesetzt werden und was sie enthalten. Abhängig davon, welchen Browser Sie verwenden, können Sie bereits in Ihrem Browser einstellen, ob Sie Cookies generell zulassen, ob Sie nur bestimmte Cookies akzeptieren oder alle Cookies ablehnen wollen. Über Ihren Browser können Sie in der Regel auch einsehen, welche Cookies auf Ihrem Zugriffsgerät gespeichert sind, und Sie können diese dann auch ganz oder teilweise löschen.

Wenn Sie das Setzen der oben genannten Cookies ganz oder teilweise ablehnen, kann es sein, dass Sie die aufgerufene Webseite nicht nutzen und damit online keinen Antrag auf Erteilung einer Verwaltungsleistung stellen können.

5. Informationen über den Zweck der Verarbeitung Ihrer Antragsdaten und die Rechtsgrundlage

Die Datenverarbeitung dient der Bearbeitung Ihrer Veränderungsmitteilung oder Ihres Antrags auf Weiterbewilligung (Arbeitslosengeld II / Hartz IV). Die Datenverarbeitung basiert auf einer gesetzlichen Rechtsgrundlage und ergibt sich aus Artikel 6 Absatz 1 lit. c, e, f EU-DSGVO in Verbindung mit dem Sozialgesetzbuch Erstes Buch (SGB I), Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) und der Verordnung zur Berechnung von Einkommen sowie zur Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen beim Arbeitslosengeld II/Sozialgeld (Alg II-V).

Im Rahmen der Antragstellung ist es erforderlich, dass Sie uns bestimmte Daten zur Verfügung stellen. Dabei unterscheiden wir zwischen Pflichtangaben und freiwilligen Angaben. Pflichtangaben sind für die Antragstellung erforderlich und im Antragsprozess entsprechend mit * gekennzeichnet. Machen Sie unvollständige Pflichtangaben, kann Ihr Antrag auf Erteilung der Verwaltungsleistung nicht bearbeitet werden. Die Zurverfügungstellung von freiwilligen Angaben ist nicht zwingend für die Antragstellung erforderlich, kann aber die Bearbeitung Ihres Antrages gegebenenfalls beschleunigen.

6. Angaben über Empfänger von personenbezogenen Daten oder Kategorien von Empfängern

Sofern Sie eine Verwaltungsleistung beantragen, erfolgt eine Offenlegung Ihrer im Rahmen des Antragsprozesses angegebenen personenbezogenen Daten gegenüber unserer Verwaltung, die Ihren Antrag bearbeitet. Die Abteilungen „Leistung“ sowie „Markt und Integration“ innerhalb der zuständigen Bezirksstelle sind zuständig innerhalb ihrer gesetzlichen Aufgabenerfüllung. Für Leistungen im Rahmen von „Bildung und Teilhabe“ sind die entsprechenden Städte zuständig.

Nach Antragstellung werden Ihre personenbezogenen Daten von den Servern unseres IT-Dienstleisters und Auftragsverarbeiters ekom21 – KGRZ Hessen erfasst und verarbeitet, sodass eine Offenlegung Ihrer personenbezogenen Daten gegenüber der ekom21 – KGRZ

Hessen erfolgt. Die personenbezogenen Daten können unter Einhaltung der geltenden Datenschutzvorschriften auch gegenüber anderen IT-Dienstleistern offengelegt werden.

Falls Sie im Antrag für die Erteilung der Verwaltungsleistung eine Zahlungsart wählen, werden Ihre Daten, die für die Durchführung des Bezahlvorgangs erforderlich sind, an Zahlungsdienstleister übermittelt, die den Vorgang dieser gewählten Zahlungsart abwickeln.

Die Daten können zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerfüllung des kommunalen Jobcenters an Dritte übermittelt werden. Empfänger sind insbesondere Stellen nach § 35 Abs. 1 SGB I und § 69 Abs. 2 SGB X sowie nach dem 2. Abschnitt des 2. Kapitels des SGB X berechnete Empfänger und der Bundesrechnungshof sowie das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu Zwecken der gesetzlichen Aufgabenerfüllung.

Empfänger sind beispielsweise:

- andere Sozialleistungsträger (z.B. Deutsche Rentenversicherung, Krankenversicherung, Jugendamt)
- Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe, Maßnahme-/Bildungsträger
- Vertragsärzte, Finanzämter, Zollbehörden Strafverfolgungsbehörden und Behörden der Gefahrenabwehr (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Verfassungsschutz), andere kommunale Ämter, KfZ-Zulassungsstelle
- Gerichte
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesrechnungshof, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Auftragsverarbeiter (zum Beispiel IT-Dienstleister)
- Vermieter (wenn an diesen aufgrund einer Rechtsgrundlage oder Ihrer Einwilligung direkt gezahlt wird), Energieversorger (wenn an diesen direkt gezahlt wird), Schuldnerberatung (nur mit Ihrer Einwilligung), Schulen (nur mit Ihrer Einwilligung),
- externe Forschungsinstitute (nur bei Forschungsanträgen, die durch das Hessische Ministerium für Soziales und Integration genehmigt wurden), etc.

7. Angaben über die Speicherdauer

Die unter Ziffer 3. dieser Datenschutzerklärung aufgeführten Daten, bei denen es sich nicht um die IP-Adresse handelt, werden nach Ablauf von 90 Tagen aus den Logfiles automatisch gelöscht. Die IP-Adresse des anfragenden Nutzers wird nach Ablauf von 7 Tagen automatisch und unwiederbringlich gelöscht.

Die unter Ziffer 4. dieser Datenschutzerklärung genannten Session-Cookies zur Wiedererkennung der Browser-Sitzung oder einer Inaktivität des Nutzers werden entweder mit Beendigung der Browser-Sitzung oder spätestens nach 30 Minuten gelöscht.

Grundsätzlich werden die personenbezogenen Daten, die nach der Ziffer 6. dieser Datenschutzerklärung verarbeitet werden, gelöscht, wenn wir die Daten für die Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben nicht mehr benötigen und der Löschung keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten und –fristen entgegenstehen.

Für Daten zur Inanspruchnahme von Dienst-, Geld- und Sachleistungen nach dem zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) besteht eine Speicherfrist von 10 Jahren nach Beendigung des Falles. Die gleiche Speicherdauer besteht für ärztliche Unterlagen, soweit diese bei dem ärztlichen Dienst vorgelegt wurden. Ein Fall ist in diesem Zusammenhang beendet, wenn die Hilfebedürftigkeit weggefallen ist oder aus anderen Gründen kein Anspruch auf Leistungen besteht, es sei denn, es werden besondere Förderleistungen gewährt oder

Rechtsstreitigkeiten sind nicht abgeschlossen. Die Frist von 10 Jahren beruht auf der gesetzlichen Möglichkeit einer Rückforderung von Leistungen, wenn in diesem Zeitraum bekannt wird, dass Leistungen zu Unrecht gewährt wurden.

Erfolgte eine Förderung durch den Europäischen Sozialfond, werden die Daten nach Beendigung des Falles 13 Jahre lang gespeichert, weil dies der Rechnungslegung gegenüber der EU dient und auf EU-Regelungen beruht (Art. 140 Verordnung (EU) Nr. 1303/2013).

Soweit eine Forderung des kommunalen Jobcenters (Rückforderung/ Erstattungsbescheid/ Darlehen) noch offen ist, werden die Daten gemäß den Vorschriften der Zivilprozessordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuches 30 Jahre lang aufbewahrt, weil erst dann die Ansprüche verjähren. Die Berechnung der Frist erfolgt je nach Vollstreckungsversuch.

Bitte beachten Sie, dass einer Löschung Ihrer personenbezogenen Daten stets weitere gesetzliche Aufbewahrungspflichten und -fristen entgegenstehen können.

8. Ihre Rechte

8.1 Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO, § 83 SGB X)

Sie können über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten Auskunft verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen soweit präzisieren, dass uns das Zusammenstellen der erforderlichen Informationen möglich ist. Bitte beachten Sie, dass Ihr Auskunftsersuchen nach Artikel 15 DSGVO durch die Bestimmungen des Artikel 23 DSGVO eingeschränkt sein kann.

8.2 Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO, § 84 SGB X)

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre personenbezogenen Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

8.3 Recht auf Löschung (Artikel 17 DSGVO, § 84 SGB X)

Sie können unter bestimmten Bedingungen die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden oder ob einer Löschung Ihrer personenbezogenen Daten gesetzliche Aufbewahrungsfristen und -pflichten entgegenstehen.

8.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO, § 84 SGB X)

Sie haben unter bestimmten Bedingungen das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu verlangen.

8.5 Recht auf Widerspruch (Art. 21 EU-DSGVO, § 84 SGB X)

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung, die aufgrund von Art. 6 Absatz 1 lit. e oder f EU-DSGVO erfolgt, der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu widersprechen. Bitte beachten Sie, dass Ihr Widerspruchsrecht aufgrund der Bestimmungen des § 14 Datenschutzgesetz NRW eingeschränkt oder nicht ausübbar sein kann. Bitte richten Sie Ihren Widerspruch an den oben genannten Verantwortlichen der Datenverarbeitung.

8.6 Recht auf Widerruf (Artikel 7 Abs. 3 EU-DSGVO)

Sie haben das Recht, erteilte Einwilligungen zur Datenverarbeitung jederzeit zu widerrufen.

8.7 Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 EU-DSGVO)

Sie haben das Recht auf Datenübertragbarkeit gemäß Art. 20 EU-DSGVO.

8.8 Recht auf Beschwerde (Artikel 77 DSGVO)

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet haben, können Sie sich mit einer Beschwerde direkt an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden.

Beschwerden sind zu richten an:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen

Postfach 20 04 44

40102 Düsseldorf

<https://www.ldi.nrw.de/>

Wir behalten uns das Recht vor, diese Datenschutzerklärung jederzeit unter Beachtung der geltenden Datenschutzbestimmungen zu ändern.